

A N F R A G E von Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)

betreffend Auswirkungen des Volksentscheids zur Hanfinitiative

Das Schweizer Volk hat die Hanfinitiative am 30. November 2008 mit 63,2 % Nein-Stimmen abgelehnt. Dadurch werden die rund 600'000 jugendlichen und erwachsenen Cannabisrauchernde aber nicht verschwinden. Cannabis wird in der Schweiz und im Kanton Zürich weiterhin gehandelt werden. Der Zementierung des Cannabisverbots stehen die unzähligen Hanfkonsumentinnen und Hanfkonsumenten gegenüber, die immer jünger werden und jetzt mit dem Abstimmungsresultat definitiv kriminalisiert bleiben.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wird sich das Verhalten der Polizei im Kanton Zürich gegenüber Cannabisraucherinnen und Cannabisrauchern mit dem Volksentscheid gegen die Hanfinitiative ändern?
2. Wie geht der Regierungsrat mit der Diskrepanz um, dass Cannabisrauchen zwar verboten bleibt, die Zahl der vor allem jungen Hanfraucherinnen und Hanfraucher aber zunimmt?
3. Wie werden Ordnungskräfte gegen private Personen vorgehen, welche Hanf zum Eigengebrauch pflanzen?
Wie werden sie sich gegenüber Bäuerinnen und Bauern verhalten, welche Faserhanf für die Produktion verschiedener Artikel anbauen?
4. Wird der Regierungsrat die präventiven Massnahmen zur Vorbeugung von Hanfkonsum insbesondere bei Jugendlichen unter 18 Jahren intensivieren?
Wenn ja, welche Massnahmen könnte er sich vorstellen?
5. Welches ist die Haltung des Regierungsrates gegenüber einem Bussensystem an Stelle von Gerichtsverfahren bei Hanfkonsumierenden über 18 Jahren, wie es der Kanton St. Gallen bereits praktiziert, der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer, die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Pro Juventute vorschlagen?
6. Gibt es aus der Sicht des Regierungsrates andere Vorgehensweisen, welche erwachsene Hanfkonsumierende entkriminalisieren könnten?

Susanne Rihs-Lanz